Zeitung der Grünen Kanton Bern Nr. 20 | September 2011

GRÜNE Kanton Bern

bewegt

www.gruenebern.ch

ökologisch konsequent. sozial engagiert. global solidarisch

Mobilisierung ist das Rezept zum Wahlerfolg

Atomausstieg durchsetzen – Grün wählen

Entscheidung 11. Unter diesem Titel läuft die Berichterstattung des Schweizer Fernsehens zu den Nationalratswahlen. Der Slogan trifft den Nagel auf den Kopf. Der 23. Oktober ist das entscheidende Datum für den Atomausstieg.

Wir Grüne stehen vor einer historischen Chance. Seit Jahrzehnten engagieren sich unzählige Menschen für den Ausstieg aus der Atomenergie – nun ist das Ziel greifbar nahe. Werden wir es erreichen?

Als der Bundesrat am 25. Mai seine Abkehr von der Atomenergie bekanntgab, wähnten sich gewisse Atomgegner schon am Ziel. Heute zeigt sich, dass dem (leider) noch lange nicht so ist. «Die Welt bleibt beim Atomstrom», hält die Axpo trotzig fest und arbeitet mit ihren Lobbyorganisationen an einer Kampagne gegen den Ausstieg. Daher ist klar: Nur wenn die Grünen, die glaubwürdigste und konsequenteste atomkritische Partei, bei den Nationalratswahlen gestärkt werden, wird der Atomausstieg in den nächsten Jahren umgesetzt. Der Entscheid erfolgt am 23. Oktober!

Umweltziele verfehlt

Auch sonst ist eine Stärkung der Grünen dringend. Der Umweltbericht 2011 des Bundes zieht eine besorgniserregende Bilanz über die jüngste Umweltpolitik. «Beim Klimawandel sind aus Schweizer Sicht nennenswerte Erfolge bisher ausgeblieben», heisst es unverblümt. Um endlich einem wirksamen Klimaschutz zum Durchbruch zu verhelfen und der stetig fortschreitenden Zersiedelung entgegenzuwirken, braucht es mehr Grüne im Bundeshaus.

Wie wir gewinnen

Mit einem Wachstum unseres Stimmenanteils um zwei Prozentpunkte können wir Grünen im Kanton Bern einen zusätzlichen Sitz im Nationalrat gewinnen. Konkret: Wenn jedes Mitglied unserer Partei am 23. Oktober sieben grüne NeuwählerInnen an die Urnen bringt, dann haben wir unser Ziel erreicht. Das ist absolut machbar – umso mehr, als wir mit einer erstklassig besetzten Liste in die Wahlen steigen. Wir rufen alle auf: Packen wir die historische Chance, die sich uns bietet. Ebnen wir einem Grünen Wahlerfolg den Boden und ermöglichen damit den Atomausstieg. Herzlichen Dank!

Blaise Kropf, Grossrat und Präsident Grüne Kanton Bern

YES, WE CAN !

La campagne pour les élections au Conseil National a démarré en août. Les décisions prises en mai et juin par le Conseil fédéral et le Conseil National sont un premier pas pour sortir du nucléaire. Toutefois, on peut constater que tant sur le plan fédéral que cantonal, nous devons renforcer la présence des Verts dans tous les parlements. Les manifestations de masse sont certes importantes, mais elles ne suffisent pas. Pour renverser la vapeur, pour que des décisions concrètes et cohérentes soient prises, pour que des moyens financiers soient dégagés et que les énergies renouvelables soient soutenues et encore développées, nous devrons bousculer la majorité. Oui nous le pouvons... et devons le faire. Alors, au travail !

Pierre Amstutz, député, Les Verts Jura bernois

Inhalt

Seite 2
Duo mit Erfolgsaussichten

Seite 3
Politik im Würgegriff der Finanzen

Seite 5
Mänziwilegg meets Altikofen

Seite 7
Von der Schule in die Arbeitswelt

Grün steht für Verantwortung

Der Wahlherbst bringt eine wichtige Entscheidung: Wie sieht die künftige Energiepolitik der Schweiz aus? Die Wählenden entscheiden, ob mit dem AKW-Ausstieg ernst gemacht wird. Weiterwursteln mit der Atomwirtschaft oder Boom mit erneuerbaren Energien? Nur wenn die Grünen gestärkt aus den Wahlen hervorgehen, wird der AKW-Ausstieg Realität.

Für mich ist nur eine Zukunft ohne AKW verantwortbar. Das Risiko eines GAUs mag nach wissenschaftlichen Berechnungen klein sein. Tschernobyl und Fukushima haben gezeigt, dass mit den unwahrscheinlichsten Szenarien zu rechnen ist. Am Ende entscheidet das Funktionieren eines Notstromgenerators über unser Leben. Ein Unfall in Mühleberg könnte Städte wie Bern, Biel, Murten für Jahrzehnte, ja Jahrhunderte unbewohnbar machen. Wer unseren Kanton liebt, kann solche Risiken nicht eingehen.

Grün steht nicht nur für eine atomkritische Politik. Grün wählen heisst Verantwortung wählen. Grün ist der Weg der nachhaltigen Entwicklung, die das Zieldreieck Ökologie, Wirtschaft, Soziales beachtet. Grüne Politik scheut auch unangenehme Wahrheiten nicht. Viele Leute haben genug von eindimensionaler Feindbildpolitik und von Politikern, die das Blaue vom Himmel herab versprechen.

Bernhard Pulver, Regierungsrat

■ Regierungsratspräsident

Seit Mitte Juni wird die Regierung des Kantons Bern von Grüner Hand geleitet: Erziehungsdirektor Bernhard Pulver hat ein Jahr lang das Regierungspräsidium inne.

■ Wechsel auf der Geschäftsstelle

Am 1. August ist Regula Tschanz in die Fussstapfen von Monika Hächler getreten. Ein Glücksfall: Regula ist nach Praktikum und anschliessender Weiterbeschäftigung bestens vertraut mit den Aufgaben, Gegebenheiten und AkteurInnen. Monika, nochmals ein ganz grosses Merci für deinen riesigen Einsatz und viel Freude, Herausforderung und Erfolg im neuen Job beim VCS!

Wählen Sie von Graffenried & Stöckli in den Ständerat

Duo mit Erfolgsaussicht

Die einseitige rechtsbürgerliche Berner Vertretung im Ständerat soll im Herbst gestoppt werden. Grüne und SP sind die einzigen Parteien im Kanton Bern, die geeint in den Ständeratswahlkampf treten mit dem erfolgsversprechenden Duo Alec von Graffenried und Hans Stöckli. Ihre Politik findet bis weit in die liberale Mitte Abstützung.

Mit der gemeinsamen Ständeratskandidatur setzen SP und Grüne ihre Zusammenarbeit der letzten Jahre fort. Im Vordergrund stehen nicht Einzelinteressen, sondern das Ziel, gute Lösungen für den Kanton Bern zu präsentieren. Mit den beiden rechtsbürgerlichen Berner Ständeräten aus dem Oberland, die vor vier Jahren noch der gleichen Partei angehörten, fühlen sich weite Teile der Berner Bevölkerung nicht vertreten. Mit dem Duo Alec von Graffenried und Hans Stöckli stehen zwei Kandidaten zur Wahl, die eine ausgewogene Berner Vertretung garantieren. Die Verteidigung des seit der Ersatzwahl für Simonetta Sommaruga verloren gegangen grün-roten Sitzes kann nur gelingen, wenn alle sozialen und ökologischen Kräfte zusammenstehen. Deshalb unterstützen Grüne und SP die Kandidatur des Duos einhellig.

Mit zwei profilierten Köpfen am Start

Beide Kandidaten haben beste Wahlchancen. Im Gegensatz zu 2007, als auf bürgerlicher Seite bloss zwei Kandidierende am Start waren, treten dieses Mal drei zerstrittene bürgerliche Kandidaten an. Die bürgerlichen Zweitstimmen werden sich auf mehr Köpfe verteilen als 2007.

Die Hauptstärke des grün-roten Duos ist aber nicht die Schwäche der Gegner, sondern das Profil der beiden Kandidaten. Alec von Graffenried betont, dass die pragmatische und integrierende Art in der kleinen Kammer zu politisieren, ihm besonders entspreche. «Parteipolitisch werde ich mich klar für grüne und soziale Anliegen einsetzen. Sachpolitisch geht es aber darum, Lösungen zu ermöglichen.» Die Fähigkeit zu breit abgestützten Bündnissen hat er mehrfach bewiesen. Auch Hans Stöckli, der frühere Bieler Stadtpräsident mit 26jähriger Exekutiverfahrung, bringt beste Fähigkeiten mit.

Wie bereits 2007 bestreiten Grüne und SP die Ständeratskampagne mit einem gemeinsamen Wahlprospekt für den offiziellen Wahlmaterialversand. Das Duo plant eine Velotour, Verteil- und Standaktionen und Wahlveranstaltungen. Tatkräftige Unterstützung von den Parteien vor Ort ist willkommen.

Alle Daten von Alec's Wahltour hier: www.avg.ch

Sabine Zaugg, Co-Geschäftsleiterin Grüne Kanton Bern

Das Duo für eine ausgewogene Berner Vertretung in der kleinen Kammer.

Ein grosser Teil des Finanzschlamassels ist hausgemacht

Politik im Würgegriff der Finanzen

Der Kanton Bern steht vor einer finanzpolitischen Zäsur. Nach 13 finanziell sehr erfolgreichen Jahren droht nun ab 2012 eine Neuverschuldung. Was sind die Ursachen, was die Folgen?

Nachdem eine Kommission des Grossen Rates diesen Mai neue Steuersenkungen beschlossen und die finanzpolitische Schieflage weiter verschärft hatte, kommentierte ein SVP-Politiker, dass seine Partei den Regierungsrat nun dort hat, «wo wir ihn haben wollen.» Wenn die Finanzen knapp sind, «dann muss die Regierung sparen». Das nennt sich Politik der leeren Kassen. Für den Kanton Bern gilt somit dasselbe, was *Der Bund* für die USA diagnostiziert hat: Tatsache ist, «dass die grössten Staatsschulden auf das Konto der lautesten Schreier gegen die Defizite gehen.»

Sparpaket geht für Steuersenkungen drauf

Grund für die drohende Neuverschuldung sind einerseits nicht direkt beeinflussbare Faktoren: Steuermindereinnahmen infolge der Wirtschaftskrise, drohender Wegfall der Gewinnausschüttungen der Nationalbank und die vom Bundesparlament beschlossene Revision des Krankenversicherungsgesetzes. Andererseits sind aber Ausfälle von 258 Mio. Franken hausgemacht durch Senkungen bei den kantonalen Motorfahrzeug-, Einkommens- und Vermögenssteuern. Die Steuersenkungen machen so 93% des Sparpakets aus, welches der Regierungsrat zur Beschränkung der Neuverschuldung erarbeitet hat. Das ist unverantwortlich.

Schmerzhafter Leistungsabbau

Diese Sparmassnahmen zeigen unmissverständlich auf, dass eine solche Finanzpolitik schwere Auswirkungen auf das Leistungsangebot hat. Der Sparauftrag von 80 Mio. Franken in der Spitalversorgung bedroht über 500 Stellen. Die Reduktion der Lektionenzahl an der Volksschule und die Anhebung der Studiengebühren an den Hochschulen schwächen den Bildungsstandort. Zudem: Wie sollen die nötigen energetischen Sanierungen gefördert werden, wenn dem Kanton das Geld entzogen wird?

Grüne für mehr Augenmass

Wir Grünen sehen unsere Aufgabe darin, einen unverantwortlichen Abbau beim Leistungsangebot zu verhindern, die Energiewende zu ermöglichen und gleichzeitig eine massive Neuverschuldung abzuwenden. Dank unserer Initiative «Faire Steuern – Für Familien» haben wir nächstes Jahr die Möglichkeit, die kantonalen Finanzen wenigstens um 100 Mio. Franken zu entlasten.

Christine Häsler, Grossrätin

Einmal mehr wird das Gesundheitswesen von Sparmassnahmen betroffen sein.

Nouveau Règlement de police de la Ville de Bienne

Les Verts ont participé à la consultation relative au nouveau Règlement de police de la Ville de Bienne. Ils saluent cette révision fondamentale qui apporte de nombreuses améliorations.

Les Verts soutiennent notamment l'obligation d'utiliser de la vaisselle réutilisable et consignée lors de toute manifestation soumise à autorisation sur le domaine public. Ceci représente une intégration légale du postulat de Pablo Donzé (Verts) au Conseil de Ville. Les Verts soutiennent également la mise à disposition des gens du voyage de places de stationnement, en dérogation à l'interdiction de passer la nuit sur le domaine public. La Ville, en commun avec le Canton, doit s'efforcer d'aménager de telles places et satisfaire ainsi le postulat de Muriel Beck-Kadima (Verts).

Bien que la vidéosurveillance dans les espaces publics soit traitée restrictivement dans le projet de règlement, les Verts continuent de refuser son introduction. La vidéosurveillance n'empêche pas la réalisation de délits. Son utilité pour sanctionner les actes délictueux est limitée et ses coûts sont excessifs. La vidéosurveillance crée un faux sentiment de sécurité.
Au lieu de renforcer le contrôle social, elle déplace le risque dans des lieux non surveillés par des caméras et elle confie la vigilance à des appareils électroniques. Un sondage à Olten a montré qu'une meilleure présence de la police est clairement préférable à une vidéosurveillance. La ville de Bienne dispose d'unités pour la sécurité, l'intervention et la prévention (SIP) représentant un instrument efficace pour l'amélioration de la sécurité dans les espaces publics.

Urs Scheuss, président des Verts Bienne

junge grüne treten bei den Nationalratswahlen an

Wir wollen Geschichte schreiben

Wie bereits vor vier Jahren treten die jungen grünen gemeinsam mit der Jungen Alternativen JA! zu den Nationalratswahlen an. Der grosse Antrieb der JungpolitikerInnen ist der Wille zur Veränderung.

Alle Kandidierenden sind jung – trotzdem hatten sie genügend Zeit, um zu bemerken, was alles schief läuft im Politzirkus: Wichtige und sinnvolle Reformen werden hinausgezögert, klare Sachverhalte verwässert. Am Schluss wird Millimeter für Millimeter vorangegangen, wo Sprünge am Platz wären.

Es ist an der Zeit, neue Kräfte ans Werk zu lassen. Menschen mit dem Blick fürs Notwendige und dem Mut zu Reformen – Reformen, die Geschichte schreiben. Die jungen grünen und die Junge Alternative JA! wollen aufbrechen in ein Zeitalter der sicheren und sauberen Energiegewinnung, in ein Zeitalter mit gerechtem Wirtschaftssystem und in ein Zeitalter, das seine Arme für alle Menschen offen hat. Dafür muss Geschichte geschrieben werden!

Dass epochale Wendungen dringend nötig sind, zeigt provokativ der Wahlprospekt: eine Ahnengalerie auf Grossmutters Tapete in mausgrauen Farbtönen, ein Kontrast zu den 26 aufgeweckten, intelligenten KandidatInnen. Diese wollen ihre Zukunft aktiv mitgestalten und sorgen dafür, dass Ahnengalerien nur noch in Museen und nicht in der Politik vorkommen. Wer sonst, wenn nicht die Jugend, sollte gegen die herrschenden Missstände rebellieren?

Die Welt wird dieses Jungparteien-Tandem alleine nicht bewegen. Dazu beitragen, die Welt zu verändern, das dagegen schon! Jede Stimme an diese 26 engagierten Menschen ist eine Stimme für den Fortschritt. Für den Fortschritt in eine gerechte und schöne Zukunft.

Marlen Reusser, Präsidentin junge grüne

Es kandidieren für die jungen grünen:
Christine Badertscher, Lena Frank, Niccolo Galatioto, Milena Geiser, Roman Gugger, Séraphine Iseli, Raphael Möckli, Pascal Nydegger, Marlen Reusser, Maximilian Schlosser, Jörn Sempach, Regula Tschanz, Philipp Zimmermann, Sven Zimmermann und David Zurflüh.

Es kandidieren für die JA!:
Lea Bill, Nadin Fuhrer, Alice Galizia, Sarah Meyer, Seraina Patzen, Rahel Ruch, Basil Schöni, Lorenz Stalder, Christian Strasser, Barbara Zimmermann und Robin Zurbrügg.

junge grüne aktiv

■ Abstimmungsbeschwerde gutgeheissen – jetzt wird neu abgestimmt

Das Verwaltungsgericht hat die Abstimmungsbeschwerde der jungen grünen gegen das Ergebnis der Abstimmung vom 13. Februar 2011 zur Motorfahrzeugsteuer gutgeheissen. Darüber freut sich die Jungpartei sehr. Insbesondere das äusserst knappe Resultat mit kantonsweit nur 363 Stimmen Unterschied in der Stichfrage, aber auch Ungereimtheiten beim Auszählen in einigen Gemeinden haben den Ausschlag für das Eintreten auf die Abstimmungsbeschwerde der jungen grünen bern gegeben.
Für die jungen grünen bern war immer klar, dass das Ergebnis einer Abstimmung, welche für den Kanton Bern Mindereinnahmen von über 100 Mio. Franken zur Folge hat, kein Zufallsergebnis sein darf.

Der Krimi geht jetzt aber weiter:
Die Nachzählung kann nicht wie geplant stattfinden, da mehrere Gemeinden die Stimmzettel bereits entsorgt haben. Der Regierungsrat hat Mitte August entschieden, dass die Abstimmung im März 2012 wiederholt werden muss. Darüber sind die jungen grünen sehr erfreut, denn nur so lässt sich nach den inakzeptablen Pannen ein demokratisch legitimiertes Abstimmungsergebnis sicherstellen.

Neu gegründete Ortspartei Grüne Bantiger

Mänziwilegg meets Altikofen

Ob Diepoldsau oder Stufenbau, im Einzugsgebiet der im Juni 2011 neu gegründeten Ortspartei Grüne Bantiger, welche die vier Gemeinden, Ittigen, Bolligen, Stettlen und Vechigen abdeckt, wartet ein breites Spektrum von Aufgaben.

Es ist sinnvoll, dass das ganze Worblental mit einer Ortspartei abgedeckt ist, denn die Gemeinden sind daran, die Infrastruktur zu vernetzen und Ressourcen zu optimieren: Eine Nutzung zeigt sich mit dem neuen Bernapark, der sich in den Gemeinden Vechigen, Stettlen und Bolligen als gemeinsamer Werkhof anbietet.

In Ittigen, einer beliebten Agglomerationswohngemeinde, läuft zur Zeit die Diskussion über ein Gemeindeparlament, während die Anwohner in Aetzrüti, einer der vielen Weiler in Vechigen, sich mit den Fragen der Anbindung an ein öffentliches Netzwerk, Wasserversorgung, ÖV oder Bildung befassen.

Rund um den Bantiger spriesst es Grün.

Kaum gegründet schon Initiative lanciert

All das sind Herausforderungen für die junge Partei. Das Interesse an der neuen Grünen Ortspartei in der Region ist rege: In Ittigen, Bolligen und Stettlen ist bereits eine kleine Initiative entstanden für die eigene Stromversorgung durch gemeinschaftlich verwaltete Solardächer; das Projekt für eine eigene Stromgesellschaft ist angedacht. Dem gegenüber stehen die weitläufigen Siedlungen im oberen Teil des Worblentals, deren Versorgung noch zentral geleistet werden muss. Viele Möglichkeiten sind denkbar: die BewohnerInnen dieser Region sollen nun gewonnen werden für alternative Projekte wie Biokläranlagen, Nullenergiehöfe, kleine Kraftwerksgmeinschaften u.ä.

Gegenwärtig gilt es, eine Bestandsaufnahme der Lage zu machen und den Blick nach vorne zu richten. Den Ittigenmärit am 17. September wollen wir nutzen, um die Grünen Bantiger zu positionieren und Unterschriften für die beiden Grünen Initiativen zu sammeln.

Der Vorstand hat Ende Juni die erste Sitzung abgehalten. Auch hier ist Vielfalt das Motto: Der Sekretär Urs Freiburghaus ist pensioniert, der Beisitzer Sebastian Schläfli ist Gymnasiast. Als Kassier wurde Christoph Junker gewählt. Internationaler Wind weht mit dem Vizepräsidenten Juan Garcia, der seit Geburt in der Schweiz lebt und uns als Spanier das südliche Temperament garantiert.

Alice Maria Zbinden, Präsidentin Grüne Bantiger

LokalSpots

Energievorlagen im ganzen Kanton

■ **Nidau**

Die Grünen Nidau haben zusammen mit der EVP die Initiative «Für ein nachhaltiges Nidau» lanciert. Damit soll in der Stadtordnung festgehalten werden, dass Nidau bis 2050 die Vorgaben der 2000-Watt-Gesellschaft erfüllt und spätestens 2030 der Bezug von Atomenergie eingestellt wird. In diesem Zusammenhang wurden im Stadtrat acht Vorstösse zur Nachhaltigkeit in Bezug auf Stromtarife und -versorgung, Standorte für Solarenergie, Parkplätze, Liegenschaftssteuer, Gebäudestandards und Beschaffungswesen eingereicht.
Mehr Infos: www.gruene-nidau.ch

■ **Zollikofen**

Mit Vorstössen fordert die GFL Zollikofen, dass die Gemeinde für ihren eigenen Strombedarf nur noch Ökostrom einkauft. Sie regt weiter an, die Strassenbeleuchtung zu Nachtstunden auszuschalten. Mit einer Zonenplanungsänderung hat die GFL Zollikofen versucht, von der Kompetenz der Gemeinden gemäss neuem Energiegesetz Gebrauch zu machen und einen erhöhten Anteil erneuerbarer Energie für die Wärmeversorgung vorzuschreiben. Der Versuch ist wegen einigen Nein-Stimmen aus der gespaltenen SP allerdings gescheitert.

■ **Köniz**

In die gleiche Richtung wie in Zollikofen zielt eine Motion der Grünen Köniz: Sie fordert, den Spielraum zu nutzen, den das neue Kantonale Energiegesetz den Gemeinden gewährt: Der Wärmebedarf von neu erstellten Wohn- und Bürogebäuden soll grundsätzlich zu mindestens 80% mit erneuerbarer Energie gedeckt werden.

■ **Abstimmungserfolg in Ins**

Ein geplantes Einkaufszentrum im Grossen Moos hat die Bevölkerung von Ins zum Grossaufmarsch an der Gemeindeversammlung bewegt. Im Vorfeld haben Grüne und SP mit Flugblättern und Inseraten gegen das Projekt und für einen lebendigen Dorfkern geworben. Mit 263 Nein- gegen 86 Ja-Stimmen fiel das Ergebnis deutlich aus.

■ **Seeländer Umweltpreis 2010**

Der Umweltpreis 2010 der Grünen Seeland geht an die Fachgruppe Landschaft in Seedorf. Die Gruppe lancierte eine Baumaktion, bei der alle Haushalte in Seedorf einen Hochstammbaum gratis beziehen konnten. Bei einem grossen Teil der Obst- und Wildsorten handelte es sich um Sorten, die von ProSpecieRara empfohlen werden. Insgesamt wurden über 200 Bäume verschenkt.

Weniger Geld für offene Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt Bern

Kinder sind Opfer von Sparmassnahmen

Grünes Bündnis
www.gbbern.ch

Die neue kantonale ASIV (Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration) sieht vor, ab 2013 die Mittel für die offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) vom Kanton Bern nach einem neuen Schlüssel umzuverteilen. Dabei werden einige Gemeinden weniger, andere mehr Mittel als bisher vom Kanton Bern erhalten.

Städte wie Bern, Biel und Spiez gehören zu den Verlierern der neuen Geldverteilung. In die Stadt Bern soll künftig 31% bis 42% weniger Geld fliessen als bisher. In Biel wären es minus 11% bis 20%. Die Stadt Bern kann diesen Ausfall nicht aus eigener Kraft kompensieren. Kürzungen bei der offenen Arbeit mit Kindern und bei der Jugendarbeit in der Stadt Bern sind wahrscheinlich.

Petition ist zustande gekommen

Das Grüne Bündnis hat deshalb von Anfang an die Petition «Ja zu mehr Mittel für die offene Jugend- und Kinderarbeit» tatkräftig unterstützt, welche vom DOK (Dachverband für offene Arbeit mit Kindern in der Stadt Bern) lanciert wurde. In Zusammenarbeit mit dem TOJ (Trägerverein für die offene Jugendarbeit der Stadt Bern) und vielen Schulen, Kitas, Quartiervereinen, Kirchgemeinden etc. sind innerhalb eines Monats 5'000 Unterschriften zusammengekommen, die vor dem Rathaus an Regierungsrat Philippe Perrenoud übergeben wurden.

Im Herbst erwarten wir die definitive Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration vom Regierungsrat. Wir hoffen, dass unsere politischen Massnahmen den Entscheid des Regierungsrates beeinflussen, denn sonst wären einmal mehr Kinder und Jugendliche die Leidtragenden einer Sparmassnahme.

Aline Trede, Stadträtin GB

Die Grünen – für Stadt und Oberland

Christine und Alec bi de Lüt

GFL
GRÜNE FREIE LISTE
STADT BERN
GRÜN SOZIAL LIBERAL

Christine Häsler und ich sind bis am 1. August eine Woche lange durchs Oberland getourt, von Gstaad bis Gadmen. Themen waren u.a. die Alpwirtschaft, der Biolandbau, die Landschaftszerstörung, der Tourismus oder die Wasserkraft.

Das Berner Oberland kämpft mit ganz anderen Herausforderungen als die Agglomerationen im Mittelland. Der Tourismus leidet nicht nur unter dem schlechten Wetter, sondern v.a. unter der Überbewertung des Frankens. Die Berglandwirtschaft ist intensiv, die Ressourcen sind knapp, ganze Alpen drohen zu verganden. Die Infrastrukturen üben einen enormen Druck auf die Landschaft aus. Wir Grünen sind zwar städtisch geprägt, haben aber auch tragfähige Lösungen für den alpinen Raum! Die Berglandwirtschaft kann mit einem konsequenten Direktzahlungssystem abgesichert werden; nachhaltige Tourismuskonzepte sorgen für weniger kalte Betten; die Verlagerungspolitik reduziert die Verkehrsbelastung; der schonende Ausbau der erneuerbaren Energien im Alpenraum eröffnet wirtschaftliche Perspektiven.

In Gesprächen fanden wir oft gute Ansätze. So besuchten wir das Projekt Alpenrose, dort betreibt Qualifutura mit ausgesteuerten Jugendlichen den letzten Hotelbetrieb mit Restaurant in Gadmen. Auf dem Land erhalten die Jugendlichen eine Beschäftigung und Tagesstruktur und auch eine neue Perspektive – damit tragen sie zur Aufrechterhaltung des Dorflebens in Gadmen bei. Eine win-win-Lösung im besten Sinn des Wortes. Eine nächste Herausforderung für Gadmen ist noch zu lösen: Wer eröffnet ein Kinderheim und trägt damit zur Rettung der Dorfschule bei?

Alec von Graffenried, wandernder Ständeratskandidat

Podiumsdiskussion

Von der Schule in die Arbeitswelt

Der Übergang von der Schule in die Arbeitswelt ist eine Herausforderung, die für viele Secondas/os zu Enttäuschungen führt. An einer Podiumsveranstaltung diskutierten die AG Bildung und die AG Migration (GB) Lösungsansätze.

Die Lehrstellensuche ist ein prägender Schritt im Leben von Jugendlichen. Besonders Secondas und Secondos stellt der Übergang von der Schule in die Arbeitswelt vor grosse Herausforderungen, denn hier zeigt sich, dass die Chancengleichheit nach wie vor nicht gegeben ist. Herkunft zählt oft mehr als Eignung und Leistung, weshalb Jugendliche mit Migrationshintergrund im Schnitt drei Mal mehr Bewerbungen benötigen, um eine Stelle zu erhalten, als Schweizer Jugendliche.

Häufig braucht es Zwischenlösungen und viele geben ihr Berufsziel sogar ganz auf. Zu diesem Schluss kommen verschiedene Studien, unter anderem von Eva Mey, die an der Hochschule Luzern zum Thema forscht.

Herausforderungen auf vielen Ebenen

Um mehr Chancengleichheit für alle zu schaffen, braucht es eine bessere Zusammenarbeit von Wirtschaft und Bildung, mehr Lehrstellen und eine bessere Einbindung der Eltern. Durch den Verzicht auf Frühselektion könnte eine weitere Diskriminierung abgeschafft werden. Hinzu kommt, dass Secondas und Secondos das Schweizer Berufsbildungssystem oft weniger gut kennen und schlechter vernetzt sind . Hier muss möglichst früh – noch vor dem Schuleintritt – gehandelt werden. Und wie es Eva Mey treffend sagt, darf nicht vergessen werden: «Es geht um Menschen – trotz aller Problembeladenheit.»

Cristina Anliker Mansour, AG Bildung

Gerade für Secondas und Secondos führt die Lehrstellensuche oft zu Enttäuschungen.

Aktiv

■ **08.09.2011: Wahlpodium in Hinterkappelen**
Mit Kandidierenden für den Stände- und Nationalrat: Alec von Graffenried, Hans Stöckli, Werner Luginbühl, Marianne Streiff, Corinne Schmidhauser, Thomas Fuchs. Moderation: Peter Brandenberger. 19.30 Uhr, in der Aula des Schulhauses Kappelenring 36, Hinterkappelen

■ **13.09.2011: Treffen für Neumitglieder und Interessierte**
Sekretariat Grüne Kanton Bern, Monbijoustrasse 61 (2. Stock), Bern, 19.00 Uhr

■ **14.09.2011: Integration in der Gemeinde Wohlen**
Sollen und können AusländerInnen mit verbindlichen Regeln in ihrer Integration gefördert und gefordert werden? Dies fordert zumindest das Integrationsgesetz (IntG), das nächstes Jahr im Grossen Rat behandelt und 2013 in Kraft treten soll.
Inputreferat von Hasim Sancar (Stadtrat GB Bern), Podiumsdiskussion mit Francesca Chukwunyere (Leiterin des Pilotprojekts Integrationsvereinbarung Ostermundigen), Maria E. Iannino Gerber (Grossrätin, Präsidentin Grüne Wohlen), Bänz Müller (Gemeinderat Wohlen) und Barbara Yurkina-Zingg (eidg. dipl. Migrationsfachfrau).
19.30 Uhr, Reberhaus, Lindenstrasse 4, Uettligen

■ **22.09.2011: Einstieg zum Atomausstieg**
Öffentliche Veranstaltung des Grünen Bündnis Stadt Bern, 20.00 Uhr, WWF Bildungszentrum, BollWerkStadt, Bern (1. Stock)
Inputreferat von Urs Muntwyler, Professor für Photovoltaik, Berner Fachhochschule
Anschliessend Podiumsdiskussion mit Blaise Kropf, Suzanne Thoma, Mitglied der Unternehmensleitung BKW und Leiterin des Geschäftsbereichs Netze, Daniel Sägesser, Verkaufsleiter Megasol Energie AG.
Moderation: Mike Bucher, Politologe

■ **04.10.2011: Ständeratspodium**
Überparteiliche Ständeratsveranstaltung organisiert von den Grünen Oberaargau.
20 Uhr, Alte Mühle Langenthal.
Moderation: Samuel Thomi, Redaktor Langenthaler Tagblatt

■ **15.10.2011: Traditionelle GFL-Mostaktion**
Sie bringen Mostobst – die GFL Zollikofen presst frischen Saft, 9.00 – 15.00 Uhr, Rebstock-Platz Zollikofen.

Le débat sur la sortie du nucléaire au Conseil des États

Hâte-toi lentement

Nous avons tous joué enfants à ce jeu typiquement helvétique, dont les noms en allemand sont « Eile mit Weile » ou de façon moins imagée « Mensch ärgere dich nicht ».

Il est recommandé, concernant l'âge des joueurs, de 6 à 99 ans. C'est dire que les sages sénateurs (moyenne d'âge 58 ans) étaient parfaitement aptes à engager la partie, ce qu'ils ont commencé à faire lors de la session d'été en repoussant le débat sur la sortie du nucléaire à la session d'automne. C'est qu'il s'agissait de permettre à la commission de l'environnement, de l'aménagement du territoire et de l'énergie d'examiner les différents textes des motions d'ores et déjà adoptées par le Conseil national de façon à avoir un débat complet et sérieux !

La commission s'est donc réunie les 4 et 5 juillet. De façon à ne trahir aucun secret, on se bornera à résumer le communiqué de presse publié à l'issus des travaux.

Durant cette séance de deux jours, la commission a trouvé le temps d'entendre la Conseillère fédérale Doris Leuthard, d'avoir « une longue discussion », d'examiner (sans prendre aucune décision) les motions déposées et de convenir qu'elle procédera à des auditions lors de sa prochaine séance les 29 et 30 août.
Et cela alors que chaque électricien-ne sait qu'il est impossible, ne serait-ce que pour des raisons de procédure et de délai, d'imaginer que l'on puisse continuer à approvisionner la Suisse au moyen du nucléaire. Une bonne nouvelle, la commission « prendra des décisions concrètes sur ces thèmes avant la session d'automne » !

Robert Cramer, Conseiller aux Etats,
Les Verts genevois

Impressum
Grüne Kanton Bern, Monbijoustrasse 61,
PF 1066, 3000 Bern 23
Erscheint 4 Mal jährlich für Mitglieder und Sympathisierende der Grünen Kanton Bern
Redaktion: Sabine Zaugg, Regula Tschanz
Gestaltung: TransForm
Foto S. 2: Iris Krebs
Foto S. 3: Lindenhofschule
Foto S. 7: terre des hommes schweiz
Foto S. 8: www.parlament.ch
Druck: Bubenberg Druck, Bern
Auflage: 7400
Redaktionsschluss Nr. 21: 07.10.2011
sekretariat@gruenebern.ch

Wahlanleitung zum Grünen Erfolg

■ Wie wählen?

Stärken Sie eine ökologische, soziale und lösungsorientierte Politik. Eine Politik im Dienste aller Menschen in diesem Land. Wählen Sie die 26 Grünen KandidatInnen. **Am wirksamsten helfen Sie uns, wenn Sie die Liste 8 unverändert ins Wahlcouvert legen.** Überzeugen Sie Ihre Verwandten und Bekannten, es Ihnen gleich zu tun. Mund zu Mund Propaganda wirkt.

LISTE 8

Helfen Sie mit, dass im Ständerat wieder die ganze Berner Bevölkerung vertreten ist. **Schreiben Sie Alec von Graffenried und Hans Stöckli auf den Wahlzettel für den Ständerat.** Die beiden Kandidaten politisieren ausgewogen und können den nötigen Ausgleich in die kleine Kammer bringen.